

Die Kaisertage in Ungarn.

Bei dem gestrigen dritten und letzten Manövertag fand das Manöverzugs südlich von Lötis auf der Straße nach Köbnye bei Puszta Sz. György-Garda statt. Punkt 7½ Uhr erhielten die Majestäten mit ihrem Gefolge, um dieselbst die Pferde zu besteigen. Das fünfte Korps, welches unter der Führung des Erzhergogs Friedrich steht, hatte nach dem vorgestrigen Siege die Stellung um Kocs inne, das vierte Korps, welches unter der Führung des Fürsten Lobkowitz steht, hatte eine starke Aufstellung auf den Höhen um Környe-Donnu inne. Das Manövergelände war für das anrückende fünfte Korps, weil es wenig Deckungen bot, ungünstig. Dafür war das fünfte Korps um eine Division stärker als das Lobkowitz'sche Heer. Gegen 8 Uhr erdrönte der erste Kanonendonner, untermüht mit Kleingewehrfeuer, von den Höhen zwischen Kocs und Sz. György-Garda. Eine lange dunkle Linie wurde am Horizonte sichtbar und von den feindlichen Batterien des vierten Korps beschossen, Truppen, dem fünften Korps angehörig, entwickelten sich langsam in dem ungünstigen Terrain vor Kocs gegen die bestigigten Stellungen der am vorigen Tage zurückgedrängten Truppen des Fürsten Lobkowitz. Letztere hatten an zahlreichen Stellen Schützengraben aufgeworfen und beschossen erfolgreich die nunmehr auch auf der Lötiser Straße vorrückende Infanterie des Erzhergogs Friedrich. Während der ganzen Zeit weilten Kaiser Franz Josef, der dem Pferde bestiegene war, und sein erlauchter Bundesgenosse Kaiser Wilhelm II. hoch zu Ross, letzterer häufig im Gespräch mit einem hohen Offizier des österreichisch-ungarischen Generalstabs, auf dem Hügel zwischen Kocs und Sz. György-Garda, dicht vor den unablässig donnernden Feuerschindeln der Artillerie des Lobkowitz'schen Korps. Plötzlich setzten sich beide Majestäten in Bewegung und ritten in laujendem Galopp, von der Suite, die kaum folgen konnte, begleitet, auf einen höher gelegenen Punkt des Geländes in der Richtung nach Kocs zu, wo lebhaftes Kleingewehrfeuer den Zusammenstoß beider Korps ver kündete. Der Befehl des Tages für das vierte Korps, den Gnagob bei Banhida mit Ausnutzung aller Kräfte zu halten, wurde pünktlich erfüllt. Die wackeren Schaaren des vierten Korps thaten ihre Schuldigkeit, aber die Uebermacht war zu groß und schon begannen die Reihen zu wanken, als plötzlich das erlöbende Signal: „Das Ganze Halt!“ ertönte. Einige Kanonenschläge bildeten noch die Schlußakkorde des großen kriegerischen Schauspiel. Nunmehr versammelten sich die Korps- und Divisions-Kommandanten, die Offiziere der Manöveroberleitung, die Schiedsrichter und die Verrten des militärischen Erfolges beider Monarchen um die beiden Kaiser. Kaiser Franz Josef sprach den Offizieren seine vollste Befriedigung über den Verlauf der Manöver aus und dankte Jobann dem deutschen Kaiser für seine Theilnahme an den Manövern. Kaiser Wilhelm erwiderte mit herzlich-n Worten. Sodann fand im Kaiserzelt und im Wintergarten ein Diner statt. Nach Schluß desselben nahmen die Generale, die Offiziere der Manöveroberleitung

benutzte, die Offiziere der Anwesenheitsstellung und alle übrigen nicht in der Front stehenden Offiziere gegenüber dem Gartentraf des Schlosses Aufstellung. Zugleich zog eine Ehrenkompagnie mit der Regimentsfahne auf. Als die Monarchen dann nach huldvoller Verabschiedung von dem Grafen und der Gräfin Esterhazy am Ausgang des Schlosses erschienen, intonierte die Musik: „Heil Dir im Siegerkranz!“ während die Ehrenkompagnie präenterte und die versammelten Offiziere den militärischen Gruß erwiesen. Die beiden Kaiser stiegen hierauf zu Wagen und fuhren von stürmischen Eisenrufen der Menge begleitet nach Totis.

Kaiser Wilhelm reiste Nachmittag 4 1/2 Uhr nach Vellebe ab. Zug wurde von dem Direktor der ungarischen Staatsbahnen Marx geführt. Kaiser Wilhelm verließ dem Obergepalan Sarfözy den Kronenorden zweiter Klasse, dem Vizcepal Ohggy den Rothen Adlerorden dritter Klasse und dem Oberhofkammerherrn Boesse den Kronenorden vierter Klasse. — Kaiser Franz hatte Totis bereits um 4 Uhr verlassen.

Kaiser Wilhelm verlieh zahlreichen Generalen, Stabs- und Oberoffizieren Ordensauszeichnungen, welche die betreffenden Offiziere bei der Verabschiedung des Kaisers angelegt hatten. Einzelne Herren erhielten werthvolle Geschenke. Dem Grafen Ertzbach wurde von Kaiser Wilhelm der preussische Kronorden zweiter Klasse mit dem Stern verliehen. Kaiser Franz Josef verlieh dem deutschen Völkshäupter Grafen zu Eulenburg das Großkreuz des Stefanordens. Die „N. Fr. Pr.“ bemerkt dazu: Seit vielen Jahren wurde seinem deutschen Völkshäupter eine so hohe Auszeichnung zu Theil, derselben muß daher eine hohe politische Bedeutung beigemessen werden, sie bilde wohl die Anerkennung für die Wiener Amtsführung Eulenburgs, die sicherlich sehr viel zur Befestigung und Vertiefung des Bündnisses mit Deutschland beigetragen habe. Eulenburg werde insbesondere nachgerühmt, daß es zur Zeit der Veröffentlichung des Bismarck'schen Rückversicherungsvertrages mit Rußland namentlich seinen Bemühungen gelungen sei, jede Spur gewisser dadurch in Wien geweckter Empfindlichkeiten zu beseitigen.

Ans dem Reiche.

Im strengsten Intognito soll der Kaiser nach einer Meldung der „Westminster Gazette“ Anfang Oktober bei seiner Großmutter, der Königin Viktoria, in Balmoral zum Besuch einsteigen. Dem genannten englischen Blatt zufolge werde der Kaiser von Kiel nach Aberdeen auf der „Hohenzollern“ fahren und in gleicher Weise nach dem Besuche, dessen Dauer auf höchstens 48 Stunden bemessen sei, zurückkehren. — **Prinz Friedrich Leopold**, welcher sich als Vertreter des Kaisers zu den Jubiläums-Feierlichkeiten in Kiel ein und wurde auf dem Vahnhofe von dem Erbkronherzog von Sachsen-Weimar und dem Fürsten zu Schaumburg-Lippe begrüßt. Der Prinz begab sich alsdann mittelst einer Salon-Pinasse an Bord der „Hohenzollern“, woselbst der Fürst und die Fürstin Friedrich zu Waldeck und Pyrmont und der Prinz Otto von Sayn-Wittgenstein bereits früher eingetroffen waren. Die im Hafen liegenden Kriegsschiffe „Regin“ und „Charlotte“ salutirten, die Mannschaften

paraditren. — **Staatssekretär von Bülow** ist am Sonntag wieder auf dem Semmering eingetroffen, wo auch seine Gemalin weilte. Herr von Bülow wird dort bis 19. d. M. weilen und begiebt sich dann zunächst zur Begrüßung Kaiser Wilhelms nach Pest, wo er während der Dauer des Aufenthaltes des deutschen Kaisers verbleiben wird, um sich sodann nach Rom zu begeben. Am 1. Oktober soll Herr von Bülow schon von dort zu ständigem Aufenthalte in Berlin eintreffen. — Der **kommandierende Admiral von Knor** feierte vorgestern in Bremen die silberne Hochzeit. Vom Kaiser, Prinzen Heinrich und vielen Fürlichkeiten waren Glückwunschtelegramme eingegangen. — Auf dem Hauptgebäude des **neuen Abgeordnetenhauses** in Berlin ist jetzt die letzte der Figuren, die in reicher Fülle den Prachtbau zieren, aufgerichtet worden. Diese Figur, welche ihren Platz auf der Meeke des Mittelbaues erhalten hat und noch der feineren Ausarbeitung durch die Stein-Bildhauer harret, stellt eine allegorische Verkörperung des „**Gesetzes**“ dar, während das Pendant dazu die „**Gerechtigkeit**“, bereits vor einigen Wochen auf der Westseite des Mittelbaues Aufstellung gefunden hat. Wie die „**Gerechtigkeit**“ so wird auch das „**Gesetz**“ durch eine sitzende Frauengestalt veranschaulicht, die sich auf einen Sandstein-Postamente erhebt. Während die „**Gerechtigkeit**“ in der rechten Hand das Schwert hält, stützt sich das „**Gesetz**“ mit der linken auf das Nutzenbündel, aus deren Mitte ein Pfeil hervorrag, das symbolische Zeichen der höchsten Gewalt über Leib und Leben im römischen Recht. — Eine **Verzetskonferenz** in Königsberg i. Pr. verhandelte über die Organisation der ersten Untersuchungen der Schulkinder auf **Augen-Granulose**. Die vorläufig anzustellenben statistischen Untersuchungen werden sich zunächst auf die Volksschüler, das sind 18,000, beschränken. — Die „**Thornor Zit.**“ stellt auf Grund von Erkundigungen an amtlicher Stelle die von zahlreichen Blättern verbreitete Nachricht vom Ausbruch des **Typhus** auf dem Thornor Artillerie-Schießplage dahin richtig, daß sowohl die Stadt Thorn wie der Schießplatz durchaus typhusfrei sind. — Eine **Verammlung** des sozialdemokratischen Wahlvereins für den 1. Hamburger Wahlkreis nahm den Antrag des Redakteurs Stolten an, der Parteitag möge die Forderung die **Feier des 1. Mai** durch vollständige Arbeitsruhe zu begehen, fallen lassen“. Stolten hatte zur Begründung seines Antrages u. A. an geführt, daß die Zahl der „Genossen“, welche am 1. Mai der Arbeit fern geblieben wären, ein außerordentlich g-ringe gewesen sei; früher hätte die „Genossen“ als Entschuldigung die schlechte Geschäftsverhältnisse angeführt, jetzt seien schon seit mehreren Jahren gute Zeiten eingetreten, um das „**Aufheben** der „Genossen“, welche die Feier des 1. Mai durch Arbeitsruhe begangen hätten, habe sich in keiner Weise vermehrt. — Der Kultusminister bewilligte 75,000 Mark für Anstellung eines **Monumental-Brunnens** an dem Wetsteinplatz zu Bromberg. — Der Kaiser hat der Eisenbahndirektion Frankfurt a. M. für die prompte **Truppenbeförderung** anläßlich der Märsche seine Anerkennung ausgedrückt.

Deutschland.

Berlin, 16. September. Man schreibt aus Petersburg: Den Aufenthalt Kaiser Wilhelms in Törlis als dem zweiten Akt der Manifestations- des Dreibundes betrachtend, erblickt die russische Presse in der letzten Reise des deutschen Kaisers nach Ungarn eine Befestigung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn. Aber auch dieser Akt verdrängen den Antagonismus nicht aus der Welt schaffen der zwischen der slavischen Mehrheit der österreichischen Bevölkerung und dem Bündnis Oesterreichs mit Deutschland besteht. Für Oesterreich sei das Bündniß unentbehrlich wegen seiner Politik auf der Balkanhalbinsel. Seitdem Preußen die deutschen Staaten zu einem Reich geeint habe, sei Oesterreich aus Deutschland hinausgedrängt und in Folge dessen gezwungen worden, neue Wege in seiner Politik einzuschlagen; es habe sich nach dem Balkan gewandt. Der russisch-türkische Krieg (1877—1878) gegen Oesterreich die Möglichkeit, in Bosnien und Herzegowina festen Fuß zu fassen. Nach der Okkupation dieser Länder versuchte es auch auf Serbien Ansprüche geltend zu machen, und strebte wenn auch erfolglos, nach dem Besitze Bulgariens. Gegenwärtig geht die österreichische Politik auf dem Balkan mit der russischen Hand in Hand, wenn auch ob und zu an ihre Unrichtigkeit zu zweifeln Grund vorhanden sei. Für Deutschland ist nach Ansicht der „Nowosti“ die Rolle, welche Oesterreich im europäischen Osten zu spielen hat, seit langer Zeit eine feststehende. Bismarck und seine Nachfolger verfolgten dieselbe Ziel: in Oesterreich eine Waffe der deutschen Propaganda im Osten zu schaffen, um die Hilfe dieser Waffe die slavischen Reiche zu jollen (Dienern) Deutschlands zu machen. Die Hoffnungen sind nicht ganz in Erfüllung gegangen, da Oesterreich in Folge seines halb-slawischen Charakters die ihm zugewiesene jähwierige Aufgabe nicht ausführen konnte. Weder Serbien noch Bulgarien (von Griechenland und Rumänien garnicht zu sprechen) unterwarfen sich dem österreichischen Einfluß. Eine zweite wichtige Rolle, welche Oesterreich seitens Deutschlands zuertheilt wurde, war die Abwendung Deutschlands im Falle eines Zusammenstoßes Deutschlands mit Frankreich. Da aber weder Rußland noch Frankreich Kriegsgelüste zeigten, so hat das Bündniß nur die eine Folge, daß die beiderseitigen Armeen eine Kräftigung erfahren an Kosten der Steuerszahler in beiden Reichen.

— Auf die in voriger Nummer wiedergegebenen Aeußerungen der „Camb. Nachr.“ gegen die konservative Partei antwortet die „Streuztg.“ gereizt:

„Hier wird den Führern der konservativen Partei allem Anscheine nach nur aus ihrer Haltung unmittelbar nach der Entlassung des Fürsten ein Vorwurf gemacht. Der Anlaß zu diesem Vorwurfe ist jedenfalls durch die auf dem Tivoli-Parteiitage vollzogene Trennung der Konservativen von der Gruppe um Herrn von Helldorf bereitet worden. In seiner letzten Aeußerung hat aber Fürst Bismarck die konservative Partei ganz allgemein, also ohne Beschränkung auf einen bestimmten Zeitpunkt, angegriffen, ohne über die konkreten Thatgegnen, die dieser Anwürfe zu Grunde liegen, auch nur eine Wort zu sagen.“

bedeutung gegeben zu haben. Der Mahnung, die die „Gamb. Nachr.“ im Schlußsatze aussprechen, bedarf es nicht. Denn die Bestimmung, die Fürst Bismarck im Jahre 1891 von dem Begriffe „konservativ“ gegeben hat, kann sich die konservative Partei wohl zu eigen machen. Ihre allgemeine Haltung steht auch mit dieser Begriffsbestimmung nicht im Widerspruch und kann die vorerwähnte Kritik, die sie neuerdings aus Friedrichsrub erfahren hat, jedenfalls nicht rechtfertigen.“

— In der Frage der Sicherheit des Eisenbahnbetriebes äußert die „Magd. Ztg.“, sie zweifelt nicht, daß die Kommission, die der Minister mit der Aufgabe der Prüfung der einschlägigen Verhältnisse betraut habe, vom Nutzen sein werde, besonders in dem Falle, wenn an Stelle der zahl- und umfangreichen Instructions eine möglichste Vereinfachung derselben zur Einführung komme. Das Blatt fährt dann fort:

„Ein durchschlagender Erfolg wird indessen nur dann zu erzielen sein, wenn entsprechend der großartigen Zunahme des Personenverkehrs an den Sonn- und Feiertagen im Sommer außerdem die Vermehrung des Personals auch die Bahnanlagen entsprechend vergrößert werden und von einer weiteren Begünstigung des kaum mehr zu bewältigenden Sonntagsverkehrs nach und nach wieder Abstand genommen wird. Was die Erhöhung der Sicherheit des Betriebes durch größere Leistungsfähigkeit der Bahnanlagen insbesondere durch Erweiterung der Bahnhöfe und durch Anlage von Doppelgleisen, sowie vom dritten und vierten Gleise betrifft, so ist es bekannt, daß der Eisenbahnverwaltung die Ueberweisung größerer Mittel für diesen Zweck nur sehr erwünscht sein kann, da die schon seit einer Reihe von Jahren für die Erweiterung der Bahnhöfe alljährlich bewilligten Mittel von durchschnittlich 13 bis 14 Millionen Mark schon längst nicht mehr den Bedürfnissen des steigenden Verkehrs entsprechen und daher die dringendsten Bauten entweder verschoben oder langsamer als wünschenswert ausgeführt werden müssen. Es erscheint daher angezeigt, die gegenwärtig günstige finanzielle Lage mit den großartigen Ueberflüssen der Staatsbahnverwaltung zu benutzen, um das in früheren Jahren Zurückgehaltene nachzuholen und dadurch die Leistungsfähigkeit der Bahnen mit den Anforderungen des Verkehrs in Einklang zu bringen. Die Eisenbahnverwaltung befindet sich übrigens in dieser Beziehung in einer sehr schwierigen Lage, da dem Laufe der Dinge nach die Aufstellung eines Projektes für die Erweiterung der Bahnanlagen erst gegangen werden darf, wenn ein dringendes, nicht länger aufzuschiebendes Bedürfnis vorliegt; da aber zur Ausarbeitung des Projektes, zur Genehmigung desselben seitens der Ministerialinstanz, zur Bewilligung der Mittel seitens des Finanzministeriums und des Landtages Jahre erforderlich sind, so haben sich infolge der fortwährenden Zunahme des Verkehrs die Verhältnisse schon vor der Ausführung so weit geändert, daß die vorgenommene Erweiterung der Bahnanlagen nicht mehr ganz den Anforderungen entspricht.“

— Der Wortlaut des von dem Nürnberger Parteitag der freisinnigen Volkspartei gefaßten Beschlusses über das Verhältniß zu anderen Parteien liegt jetzt vor; es ist folgender:

Der Parteitag beschließt, den Parteigenossen zu empfehlen: 1. Auch in solchen Wahlkreisen, in welchen die Partei unter den gegenwärtigen Verhältnissen noch keine Aussicht hat, obzuziehen, ist gleichwohl zunächst und grundsätzlich die Aufstellung eigener Kandidaten in Aussicht zu nehmen. Sofern in solchen Wahlkreisen nachstehende Parteien die Unterstützung ihrer Kandidaten im ersten Wahlgang in Anspruch nehmen, soll im Einbernehmen mit der Zentralkleitung angestrebt werden, daß die betreffenden Parteien in bestimmten anderen Wahlkreisen sich zu einem eben solchen Unterstützung der dortigen Kandidaten der freisinnigen Volkspartei im ersten Wahlgang verpflichten. 2. In gleicher Weise soll bei Stichwahlen verfahren werden. Verabredungen von der Stanzwahl zur gegenseitigen Unterstützung bei der Stichwahl in denselben Wahlkreise sind möglichst zu vermeiden. 3. Falls bei Stanzwahlen oder Stichwahlen eine Unterstützung verschiedener Parteien in Frage kommt, ist die Unterstützung dem Kandidaten derjenigen Partei zu gewähren, deren Wahlerfolg vom Stanzpunkt der freisinnigen Volkspartei vorteilhafter erscheint. 4. Eine Unterstützung von Kandidaten, welche über ihre eventuelle Parteistellung in der Reichstag keine bestimmte Erklärung abgegeben oder erklären, im Rechtsgut sich keiner Partei anschließen zu wollen, ist nach Möglichkeit zu vermeiden. 5. Bei Vereinbarungen mit anderen Parteien in den einzelnen Wahlkreisen, wie sich zur Verwirklichung vorkstimmlicher Wählergebnisse ergeben, ist zur Wahrung des Gesamtinteresses der Partei die Zentralkleitung nach Möglichkeit zuzuziehen, besonders in den Fällen, in denen ausnahmsweise einer anderen Partei eine Unterstützung ohne Gegenleistung gewährt wird."

Die Nr. 1 des Ausschluß-Antrags sagte, daß andere Parteien um die Unterstützung ihrer Kandidaten durch die freisinnige Volkspartei „nachsuchen“ könnten; der Parteitag hat diesen widerlichen Ausdruck durch „in Anspruch nehmen“ ersetzt. Wichtiger und in der That von grundsätzlicher Bedeutung ist die andere Veränderung der Nr. 1 und demgemäß auch der Nr. 2: Nachdem der Ausschluß-Antrag sollte es Bedingung der Wahlhilfe seitens der freisinnigen Volkspartei auch in Wahlkreisen, in denen sie keine Aussicht auf Erfolg hat, sein, daß die von ihr unterstützte Partei gleiche Wahlhilfe in einem anderen Wahlkreis einem Kandidaten der freisinnigen Volkspartei gewährt. Diese Bedingung würde selbstverständlich in vielen Fällen unerfüllbar sein, da man nicht aus dem einen Wahlkreis heraus über andere Wahlkreise verfügen kann. Nach dem Ausschluß-Antrag Bedingung war, so nun nach dem Beschluß des Parteitags nur „angestrebt“ werden. In Nr. 5 ist die Befugnis der Zentralleitung zu einer Einwirkung auf die Wahlkreise, welche offenbar im strengsten Fraktionsinteresse gedacht war, abgelehnt.

— Neue Wasserstraßen werden nachdrücklich von der „Korresp. des Bundes der Landwirthe“ bekämpft. Sie führt aus: Wenn die Kanalprojekte der bayerischen und preussischen Regierung in ihren Landtagen die Mehrheit finden sollten, so ist lebhaft hiemit dem Bundesrat

der Industrie ein Dienst geleistet. In dem deutschen Landwirth würde aber mit der Erbauung eines Donau-Mains oder eines Elbe-Oberkanals nur die Empfindung einer direkten Schädigung seines Erwerbes wachgerufen werden. Weber der bairische noch der preussische Bauer dürften hierin eine Förderung ihrer Interessen, sondern lediglich ein Damagesesent erblicken. Aufgesichts dieser Sachlage springt mit Evidenz von Neuem die Nichtigkeit des Soges ins Auge: Erst eine richtige Wirtschaftspolitik und Schutz der nationalen Agrarproduktion gegen die übermächtige Konkurrenz des Auslandes, dann erst Ausbau der Wassertröken. Das Letztere ohne das Erstere muß zum Ruin der deutschen Landwirthschaft führen.

— Sechs sozialdemokratische Seemannsvereine haben mit der Zeit das Licht der Welt erblickt, und zwar in Hamburg, Flensburg, Bremen, Bremerhaven, Stettin und Rügenwalde. Aber trotz der Förderung, die der Zustand der Hamburger Hafenarbeiter in die Bewegung gebracht hat, klagen die sozialdemokratischen Seemannsvereine, daß die Masse der Nichtorganisirten immer noch sehr groß ist. Darum werden jetzt alle organisirten Arbeiter, die in den Seefahrtsvereinen leben, aufgerufen, die Seelente aufzuklären, sich in die bestehenden Vereine hineinzutreiben oder die Gründung neuer Seemannsvereine zu bewirken. Diesem Zweck soll auch der Seemannscongrès dienen, der im November in Hamburg zusammentritt. Er soll, wie sich die Einberufenden ausdrücken, Eintheiligkeit in die Seemannsbewegung in Deutschland bringen und auf eine Abänderung der Seemannsordnung einwirken. Es soll danach gestrebt werden, daß Delegirte aus allen Häfen Deutschlands auf diesem ersten sozialdemokratischen Seemannscongrès erscheinen. Es liegt auf der Hand, daß es eine große Gefahr für die ganze Seemannschaft ist, wenn es der Sozialdemokratie gelingt, einen nennenswerthen Theil der Seelente für die rothe Flagge einzufangen. Was für Folgen kann es haben, wenn auf einem Schiffe alle oder doch die meisten Matrosen „organisirt“ sind, also vom Geiste der Widerpenfigkeit gegen den Kapitän erfüllt. Keinem Aeltern wird man es verdienen können, wenn er darauf besteht, daß für sein Schiff keine „organisirten“ Seemann angeworben wird. Das ist einfach eine Pflicht der Nothwehr, ein Gebot für die Sicherheit des Schiffes. Hier ist es an den Aeltern, der sozialdemokratischen Aufwiegung mit den gleichen Waffen der Verbündeten entgegenzutreten.

— Als Beitrag zur Jesuitenfrage mögen hier Aufschlüsse erwähnt werden, die über den Grund zum Verbot der Innsbruder Universität für die Geistlichen des Bisthums Regensburg hierher gelangt sind. Bekannt ist der Regensburger Bischof Senestrey selbst ein Jesuitenzögling und deshalb mußte dieses Verbot doppelt ausfallen. Wie sich jetzt aber herausstellt, waren dem 79jährigen Kirchenstreiter die zu Innsbruck lehrenden Jesuiten nicht etwa zu unheimlich oder zu fanatisch, sondern im Gegentheil zu aufgeschlossen und deshalb der Neberei verdächtig; wie es scheint hatte man sie in den Verdacht des von unsrer Ultramontanen überall gewitterten „Jesuitismus“ gebracht. Die Innsbruder Jesuiten als Jesuiten sind denn allerdings eine eigenthümliche Vorstellung. Sie müssen sich aber von der Anlage gereinigt haben, da den Regensburger Theologen der Besuch der Tiroler Universität mit gewissen Vorbehalten unter der Hand wieder gestattet war.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 15. September. Die österreichisch-
und ungarische Regierung plant eine Verathung
mit dem Kriegsministerium in Sachen der
Ehren- off-Monopolisirung.

Spanien und Portugal.

Die Königin-Regentin von Spanien hat, da sie den neuen Gesandten der Vereinigten Staaten von Amerika, General Woodford, desfalls Nebenreichung seines Beglaubigungsschreibens empfangen, dem bisher akkreditirten Gesandten, Taylor, ein Abschiedsantzich ertheilt, bei der sie diesem auch den Präsidenten der Vereinigten Staaten Glückwunschkarte ausreicht. Sie äußerte zugleich den Wunsch, die Vereinigten Staaten einen Besuch abzukriegen, sobald sie ihre Mission als Königin-Regentin beenden haben würde. „Selen Sie ein Freund Spaniens, sobald Sie in Ihr Land zurückgekehrt sein werden“, lauteten die an den früheren Gesandten gerichteten Abschiedsworte. Vielfach wird denn auch angenommen, daß die Königin-Regentin der Veranlassung einer liberalen Regierung in Spanien zustimmen werde, auf deren Programm ein größeres Entgegenkommen in tubanischen Angelegenheiten stehen soll. Wird es doch immer weniger wahrscheinlich, daß die Vereinigung der Konservativen, die unabdingbare Anhänger Canovas del Castillo waren, und die Dissidenten unter der Führung Silveiras gelingen werde, obgleich der neue Konseilpräsident, General Azcaraga erklärt, daß er anderenfalls kein Entlassungsgesuch einreichen würde. Bisshigen jedenfalls die von den konservativen Führern Ceballos und Ribal unternommene Vermittlungsversuche keinen praktischen Erfolg. Der Pariser „Temps“ veröffentlicht in der gestrigen Abendausgabe einen Artikel mit dem Titel: „L'Espagne chez elle“, in dem ausgesprochen wird, daß alle Einzelnen auf einen Regimewechsel in Spanien schließen lassen, und daß die liberale Parteiführer Sagasta sich vorbereite, die Leitung der Regierungsschäfte zu übernehmen.

England.

London, 15. September. Nach einem Telegramm des „Neuerlichen Bureaus“ aus Kapstadt vom 13. d. Mts. sollen die Zollsektoren Transvaals im August um 30 000 Pfund Sterling in Folge des Darüderliegenden des Handels abgenommen haben. In dem Telegramm heißt es ferner, Präsident Krüger habe gegenüber Deputationen aus Johannesburg geäußert, die Regierung sei geneigt, im allgemeinen Interesse des Landes den Preis des Dynamits, die Eisenbahntarife und die Pölle herabzusetzen.

Von der Marine.

— Der Bau eines Kriegshafens bei Dover scheint nunmehr endgültig beschlossen zu sein, wenn gleich die hohen Baukosten von 3500 000 Pstrl., deren Bewilligung unter die Naval Works Bill gehört, wohl noch manchen heftigen Streit auszulösen sein werden.

Dem Bauplan nach soll die Admiraltitätssperre (Hafendamm) vergrößert werden, ein zweiter Hafendamm, welcher von einem Punkt östlich von Dover-Castle angesehen soll, neu gebaut und beide durch eine Mole verbunden werden. An beiden Seiten sollen Einfahrten offen bleiben, welche im Kriege durch eine schwimmende Balkenperre geschlossen werden können. Es wird dadurch ein Hafen von 610 Hektar Fläche bei Niedrigwasser geschaffen, und hofft man 1907 oder 1908 auf Fertigstellung. Der Kriegshafen soll den jetzt seiner Vollendung entgegengehenden Handelshafen in keiner Weise beeinträchtigen, ihn aber umfassen und beschützen.

— Die englische Admiralität hat den Vertheidigungsplan für die Sperrung enger Hafeneinfahrten an der englischen Südküste gegen Torpedoboots-angriffe durch schwimmende Vulkansperren beendet und als Sperrvertheidigungsschiffe 13 alte Kanonenboote und kleine auszurüßte Kreuzer bestimmt und dazu einrichten lassen. Auch für Malta sind zwei derartige Fahrzeuge vorgelesen. Im Frieden sollen diese Sperrschiffe von Marinepensionären in Stand gehalten werden.

Stettiner Nachrichten.

* **Stettin**, 16. September. Mit Rücksicht auf zahlreiche, hier in letzter Zeit vorgekommene Erkrankungen am Typhus, sieht sich der Herr Polizeipräsident veranlaßt, das Publikum, insbesondere die Bewohner der Laßadie, vor dem Genuß ungekochten Wassers und roher Milch eindringlich zu warnen.

— Dem in die Pfarrstelle zu Reideburg berufenen Konsistorialrath Gutsmidt in Stettin ist die nachgesuchte Entlassung aus seinem Amte als Mitglied des Konsistoriums der Provinz Pommern Allerhöchst ertheilt worden.

— Der bisherige ordentliche Professor an der Universität Zürich, Dr. Julius Wolf, ist Allerhöchster zum ordentlichen Professor in der philosophischen Fakultät der Universität Greifswald ernannt und in gleicher Eigenschaft in die philosophische Fakultät der Universität Breslau versetzt worden.

In der Presse wurde in letzter Zeit mehrfach erwähnt, daß von den Eisenbahndirektionen Erhebungen darüber angestellt würden, ob es sich nicht im Interesse der Sicherheit des Betriebes empfehle, für den Schluß des Zuges, der bei der Dunkelheit bekanntlich durch Laternen gekennzeichnet ist, auch ein von vorn sichtbares Tagessignal einzuführen; dadurch würde ermöglicht werden, daß der Lokomotivführer sich unterwegs jederzeit von der Vollständigkeit des Zuges überzeugen könnte, und die Stationsbeamten schon beim Einfahren eines Zuges ohne Weiteres zu erkennen vermöchten, ob dieser auch vollständig ankommt. Diese Erhebungen sind durch eine Umfrage veranlaßt worden, die das Reichsessenbureau im Juni d. Js. an die beteiligten Bundesregierungen gerichtet hat.

Wie schon gemeldet, erwies sich die Nach-
richt, daß zum 1. November seitens der Reichs-
post mit der Ausgabe und Beförderung von
Startenbriefen begonnen werden soll, als
richtig. Zu diesem Zwecke sind 15 Millionen
Stück Kartenbriefe sofort erforderlich, um alle
Postanstalten mit dem notwendigen Vorrath zu
versehen. Man hat die in anderen Ländern ge-
machten Erfahrungen sorgfältig studirt, und
weiter man in der Ausführung voranschritt,
desto mehr zeigte sich, auf wie viele Einzelheiten
dabei Rücksicht genommen werden müsse, un-
d nicht dem inneren Betrieb der Post unüberwin-
dliche Schwierigkeiten zu schaffen. Die Starten-
briefe werden eine Einlage erhalten, die verhin-
dert, daß der Inhalt durchgesehen werden kann.

— Anlässlich der allgemeinen Ausstellung für Nahrungsmittel, Waffenernährung und Armeeverpflegung, welche in der Zeit vom 9. October bis 9. November dieses Jahres in Berlin stattfindend wird, hat der Minister der öffentlichen Arbeiten bestimmt, daß für diejenigen Gegenstände, welche auf dieser Ausstellung unterkauft bleiben, die üblichen Frachtbegünstigungen gewährt werden sollen. Die letzteren gelten für sämtliche preussischen Staatsbahnen sowie für die Eisenbahnen in Elsaß-Lothringen.

— Zu Karlsruhe tagt gegenwärtig die 22. Versammlung des deutschen Vereins für öffentliche Gesundheitspflege, die selbst bejähligte sich auch mit der Frage betra. Bekämpfung des Alkoholmißbrauchs, bei welcher folgende Entschlüsse aufgestellt wurden: „Die Verhütung und Beseitigung der sozialen Folgen des Trunks bedarf der staatlichen Intervention. Unterbringung der Trinker in geeignete Anstalten, Entmündigung derselben, Zwangserziehung der Kinder von Trinkern, Bestrafung der öffentlichen, ärgerlichstrebenden Trunkenen. Die Trunksucht als solche kann nicht Gegenstand der Bestrafung sein. Delikte Trunksüchtiger sind je nach dem Fall zu beurteilen. Zum Zweck der Heilung der Trinker ist die Errichtung von Trinkerheilanstalten unter staatlicher Aufsicht und ärztlicher Leitung erforderlich. Die Aufnahme muß unter ausreichender Garantie auch gegen den Willen der Trinker stattfinden können und darf von der vorausgegangenen Entmündigung nicht abhängig gemacht werden. Die Trinkerasyle dürfen nicht als Straforte behandelt werden. Die Mitwirkung der Gese. gebung bei der Bekämpfung des Alkoholmißbrauchs ist unentbehrlich und hat sich bewährt. Die in Deutschland geltenden, gegen die Trunksucht gerichteten gesetzlichen Bestimmungen sind nicht ausreichend. Ein Gesetz zur Bekämpfung des Alkoholmißbrauchs und seiner Folgen sollte alle einschlägigen Bestimmungen, mögen sie auf dem Gebiete der Gewerbeordnung, der Verwaltung der Sanitätspolizei, des Straß- und Zivilrechts liegen, zusammenfassen. Ein Reichsgesetz dieser Art ist zu erlassen, unbeschadet der Bestimmungen durch Landesgesetz und Statut.“

— Der Spielplan des Bellevue-Theaters für die folgenden Tage ist in folgender Weise festgesetzt: Freitag: „Kölgunst“. Sonnabend: „Die Heimath“. Sonntag Nachmittag (kleine Preise): „Durch die Tenzandz“. Abends: Zum ersten Male: „Der tolle Wenzel“. — Am Mittwoch beginnt Herr August Zunker-
mann sein Gastspiel mit „Dafel Bräutigam“.

— In Sachen des Mordversuches auf den Schlächtermeister Neumann sind in Folge des erlassenen Steckbriefes schon in den verschiedensten Orten der Provinz Personen als verdächtig festgenommen. doch konnten die

